

Awo legt ihre Marschrichtung fest

Delegierte halten Müttergenesungswerk für überholt und wollen es öffnen. Sie fordern ein neues Gesetz anstelle von KiBiz, verlangen Sicherung des Offenen Ganztags und Integration für Flüchtlinge

Von Michael Friese

Die Arbeiterwohlfahrt versteht sich als „unverzichtbaren Partner für all diejenigen Kräfte in Deutschland, die für soziale Gerechtigkeit stehen“. Auf diese Formel brachte es Awo-Vorstand Michael Scheffler auf der Bezirkskonferenz in Hagen, zu dem auch Delegierte aus Bottrop gekommen waren, darunter Oberbürgermeister Bernd Tischler, der in seinem Amt Vorstandsmitglied des Awo-Bezirks bestätigt wurde.

Die Delegierten legten auf der Konferenz ihre politischen Positionen fest. So soll ein „Familiengenesungswerk“ gegründet werden, denn die meisten Kur-Einrichtungen seien speziell auf die Bedürfnisse von Müttern zugeschnitten. Das bestehende Müttergenesungswerk betrachten viele in der Awo als nicht mehr zeitgemäß. Seine Richtlinien stammen noch aus den 1950er Jahren und stützten sich auf die klassische Rollenverteilung jener Zeit.

Für Väter und Elternpaare, die von den Krankenkassen eine Kur



Die Delegierten legten personell wie politische die Position im Awo-Bezirk fest. Hier der komplette Vorstand aus bestätigten und neu gewählten Personen. FOTO: AWO

bewilligt bekommen, sei es deshalb schwer, überhaupt eine Einrichtung zu finden, die auch Männern offen steht. Die Awo fordert deshalb eine

Anpassung der Richtlinien des Müttergenesungswerkes oder die Gründung eines eigenen „Familiengenesungswerkes“, das offen ist für Väter, Mütter und Elternpaare, auch für gleichgeschlechtliche. Dieses Konzept praktiziert die Awo bereits in Einrichtungen in Zingst und in Großenbrode.

Änderungsbedarf sieht die Awo beim Kinderbildungsgesetz (KiBiz). Es sieht eine jährliche Steigerung der Kind-Pauschalen um mittlerweile drei Prozent vor. Die Tarifsteigerungen der Löhne würden damit

aber nicht aufgefangen. Daraus ergebe sich eine Finanzierungslücke, die zu Lasten des Personals gehe, weil sich die Einrichtungen oft nur noch eine personelle Mindestbesetzung leisten können. Die Awo fordert deshalb keine Revision, sondern ein komplett neues Gesetz.

Für eine sichere Finanzierung des Offenen Ganztags sprachen sich die Delegierten ebenfalls aus. Der Bezirksverband betreibt rund 300 Einrichtungen, in denen 20 000 Schüler betreut werden. Die Awo fordert einen Rechtsanspruch auf einen Be-

treuungsplatz, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter zu verbessern.

Zur Integration von Geflüchteten wird für sie ein schneller Zugang in den Arbeitsmarkt gefordert. Hilfreich seien zusätzliche Angebote zum schnellen Spracherwerb und ein unbürokratisches Vorgehen, wenn es um die Anerkennung von Abschlüssen der Geflüchteten geht.

Die Delegierten lehnten es ab, den gesetzlichen Mindestlohn zu senken, um Geflüchtete für Arbeitgeber attraktiver zu machen.

Vorstandsspitze im Amt bestätigt

■ Rund **300 Delegierte** stellten die Weichen für weitere vier Jahre.

■ Sie **bestätigten** den Vorsitzenden Michael Scheffler (Märkischer Kreis), Vize Christian Bugzel

(Münsterland-Recklinghausen, Gerda Kieninger (Dortmund).

■ Zudem **wiedergewählt**: Bernd Tischler (Bottrop) und Bernd Zenker-Broekmann (Gelsenkirchen).